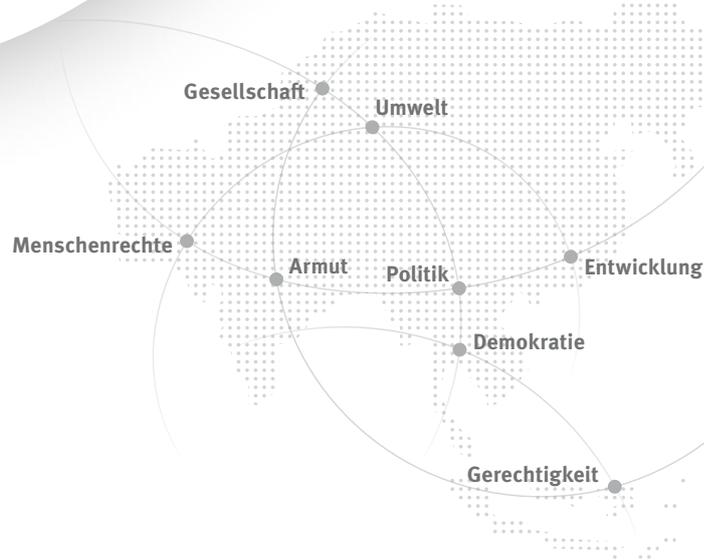




Stiftung  
**Asienhaus**

# Blick Wechsel

Dezember 2021



## Kambodschas National Internet Gateway – ein Vorwand, um digitale Rechte einzuschränken?

Von Sopheap Chak

Das Sub-Dekret zur Einrichtung des National Internet Gateway (NIG) könnte die digitale Landschaft Kambodschas grundlegend verändern. In einem immer kleiner werdenden digitalen zivilen Raum, erlangt die kambodschanische Regierung mit der Verordnung weitreichende Kontrolle über das Internet im Land und könnte damit Menschenrechte beschneiden.

Das NIG-Sub-Dekret hat das Potenzial, die digitale Landschaft in Kambodscha drastisch zu verändern. Ein bisher verhältnismäßig freies und offenes Internet in Kambodscha könnte damit der Vergangenheit angehören. Ein genauerer Blick in die kambodschanische Gesetzgebung zeigt dabei, dass das NIG-Sub-Dekret lediglich der Höhepunkt mehrerer Ereignisse der letzten

Jahre ist: Die kambodschanische Regierung versucht, weitreichende Kontrolle über das Internet zu erlangen, um grundlegende Menschenrechte zu beschneiden.

Im Februar 2021 hat die kambodschanische Regierung das Sub-Dekret zur Einrichtung des NIG erlassen. Der Prozess war gekennzeichnet



*Das Sub-Dekret zur Einrichtung des National Internet Gateway ermöglicht der kambodschanischen Regierung den gesamten Datenverkehr in Kambodscha zu filtern (Foto: Markus Spiske auf Unsplash).*

durch Intransparenz und fehlenden Austausch mit Betroffenen, konkret: der Zivilgesellschaft. Zwar waren die kambodschanischen Bürger:innen, die Zivilgesellschaft und die betroffenen Unternehmen bereits vorgewarnt, da ein Entwurf des Sub-Dekrets vorab an die Öffentlichkeit kam. Dennoch schockierte die Nachricht, dass das Dekret tatsächlich erlassen wurde, viele und warf Fragen über die Zukunft der digitalen Rechte im Land auf.

## Technologischer Ausbau und Länderkontext

Kambodscha entwickelt sich rasant und ist in den letzten Jahren enorm wirtschaftlich gewachsen. Diese Entwicklung führte zu einer hohen Internet- und Breitbandabdeckung. Im Januar 2021 hatten etwa 52,6 % der Bevölkerung (16,72 Millionen Menschen) Zugriff auf das Internet, ein Anstieg von 14 % allein im Vergleich mit 2020. Diese rasche Ausbreitung ließ Millionen von Kambodschaner:innen an einer Welt teilhaben, die ihnen zuvor verschlossen war. Die Mehrheit greift dabei über mobile Verbindungen auf das Internet zu.

Soziale Medien sind das beliebteste Medium in Kambodscha, um Informationen zu teilen, zu lesen und sich politisch zu äußern. Facebook ist mit über 9,2 Millionen Registrierungen (Ende 2020) die populärste Plattform. Am zweithäu-

National Internet Gateway bezeichnet einen zentralen Knotenpunkt der Netzwerkinfrastruktur, durch den alle Datenströme des Landes gebündelt werden sollen. Dies erlaubt nicht nur eine Überprüfung des Datenverkehrs innerhalb des Landes, sondern ermöglicht auch eine Blockierung einzelner Inhalte bzw. Webseiten oder das Abschalten des gesamten Netzes.

figsten wird Instagram genutzt, aber auch *TikTok* gewinnt stetig an Zulauf und Beliebtheit unter der kambodschanischen Jugend.

Der Zugang zu diesen Plattformen ermöglichte Kambodschaner:innen sich regelmäßig mit Gleichgesinnten auszutauschen und sich in der Öffentlichkeit zu äußern. Darüber hinaus boten sie auch prominenten Kambodschaner:innen, Politiker:innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Menschenrechtsverteidiger:innen die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren, um für Themen, die ihnen wichtig sind, einzutreten, sie bekannt zu machen und zu verbreiten. Die Plattformen ermöglichten Kambodschaner:innen zudem, unabhängige Nachrichten zu veröffentlichen, die Zivilgesellschaft für soziale und politische Themen zu mobilisieren und die staatliche Kontrolle durch die traditionellen Medien zu umgehen.



Während anfänglich Einzelpersonen oder Gruppen öffentliche Plattformen viele Jahre lang relativ unbehelligt nutzen konnten, ist die Toleranz der kambodschanischen Regierung gegenüber jeglicher Kritik geschwunden. Kambodscha wird gegenwärtig *de facto* als Einparteiensstaat regiert: 2017 wurde die einzige große Oppositionspartei, die *Cambodian National Rescue Party* (CNRP), gewaltsam aufgelöst. Die Regierung hat seitdem ohne größeren Widerstand weitreichende Maßnahmen zur Regulierung des Internet- und Telekommunikationssektors im Land verabschiedet und damit ihre Macht über das Internet gefestigt. Infolgedessen wurden auch die Rechte aller Nutzer:innen eingeschränkt. Während der demokratische und zivilgesellschaftliche Raum vor Ort in Kambodscha weiter schrumpft, wird auch der digitale zivilgesellschaftliche Raum immer enger.

## Verabschiedung von Gesetzen, die digitale Rechte betreffen

Das Internet war in Kambodscha lange relativ unreguliert. Nachdem das Land 1991 seine wirkliche Unabhängigkeit erlangte und 1993 eine konstitutionelle Demokratie etablierte, musste viel wiederaufgebaut und Versöhnungsarbeit geleistet werden. Daher war die Verfassung des Königreichs Kambodschas bis vor einigen Jahren die einzige Reglementierung des Internet- und Telekommunikationssektors. Sie garantiert

das Recht auf Privatsphäre, freie Meinungsäußerung, und Informationsfreiheit. Sie schützt damit die Art und Weise, wie Kambodschaner:innen das Internet und digitale Technologien nutzen.

*In Kambodscha schrumpft der digitale Raum für die Zivilgesellschaft (Foto: Chris Yang auf Unsplash)*

Die Grundlage des kambodschanischen Rechtssystems ist die Verfassung. Alle untergeordneten Normen und Entscheidungen müssen mit ihr im Einklang stehen.

**Gesetze** (*Chbab*) werden durch die Legislative (die Nationalversammlung und der Senat) ausgearbeitet und durch den König ausgerufen.

**Royale Dekrete** (*Preah Reach Kret*) ergehen auf Anfrage des Ministerrats durch den König. Sie können beispielsweise neue öffentliche Institutionen schaffen oder höhere Beamte auf ihre Posten berufen.

**Sub-Dekrete** (*Anu-Kret*) gestalten bestehende Gesetze weiter aus, spezifizieren Rechte und Pflichten von Regierungsorganen oder berufen ihre Mitglieder. Ihr Inhalt wird in den Ministerien entworfen und durch den Ministerrat abgestimmt; sie ergehen durch die Bestätigung des Premierministers.

**Ministerialanweisungen** (*Prakas*) verdeutlichen im Rahmen spezifischer Vorschriften die Umsetzung oder den Wortlaut bestehender Normen. Ihre Gültigkeit beschränkt sich auf die Kernthemen der Ministerien, durch die sie ergehen.



*Das Ministerium für Post und Telekommunikation in Phnom Penh (Foto: Chetra Chann auf Unsplash).*

Das Internet blieb dabei bis 2015 relativ frei von staatlicher Kontrolle. Doch seither wurde eine Reihe von neuen Gesetzen und Dekreten erlassen. Diese regeln streng den Telekommunikationssektor und die Art und Weise wie Menschen das Internet nutzen. Diese Entwicklungen wecken Befürchtungen, dass dieselben repressiven Methoden, die zur Kontrolle der traditionellen Medien eingesetzt werden, nun auch im digitalen Raum angewandt werden.

### Telekommunikationsgesetz

Das Telekommunikationsgesetz wurde 2015 erlassen und reguliert Unternehmen, die in den Telekommunikationsnetzwerken in Kambodscha tätig sind. Das Gesetz weitet die Regierungskontrolle über den Informations- und Kommunikationstechnologiesektor aus und stattet die Regierung mit überwältigender Kontrolle über die Architektur und Funktionsweise des Internets aus.

Das Telekommunikationsgesetz erlaubt es der kambodschanischen Regierung geheime Überwachungen durchzuführen. Hierzu bedarf es nur der Genehmigung einer im Gesetz nicht definierten „rechtmäßigen Behörde“. Im Gesetz wird dabei weder geregelt, was eine rechtmäßige Behörde ist, noch welche Kriterien sie erfüllen muss, um eine Überwachung genehmigen zu können. Nach diesem Gesetz könnte jede natür-

liche oder juristische Person mit entsprechender Befugnis straflos private Gespräche oder Korrespondenzen über jede digitale Plattform aufzeichnen oder abhören bzw. mitlesen. Nach Artikel 6 des Telekommunikationsgesetzes sind alle Telekommunikationsanbieter verpflichtet, dem kambodschanischen Ministerium für Post und Telekommunikation (MPTC) „Daten über Telekommunikationsinformationen und kommunikationstechnische Dienste“ zur Verfügung zu stellen.

Damit wird den Behörden ein breiter Ermessensspielraum eingeräumt, um persönliche Informationen oder Daten von Kund:innen der Anbieter ohne richterliche Anordnung oder Nennung von Gründen anzufordern. Dies stellt einen unverhältnismäßigen Verstoß gegen das in der Verfassung garantierte Recht des Einzelnen auf Privatsphäre und Vertraulichkeit dar.

Artikel 7 befugt das MPTC oder andere Ministerien, Anweisungen an Internetdiensteanbieter zu geben, um in Fällen von höherer Gewalt „notwendige Maßnahmen“ zu ergreifen. Dieser Artikel enthält weder eine Definition oder Verdeutlichung dessen, was höhere Gewalt sei, noch die zwingenden Umstände, die es der Regierung erlauben würden, ihren Ermessensspielraum zu nutzen, um den Betrieb von Internetdiensteanbietern zu kontrollieren. Auch was genau unter „notwendigen Maßnahmen“ zu verstehen sei, wird nicht präzisiert, sodass es für Behörden



leicht möglich ist, soziale Netzwerke oder Webseiten abzuschalten, um Informationen oder politische und soziale Mobilisierung zu kontrollieren oder einzuschränken.

Im Vorfeld der nationalen Wahlen 2018 verwirklichte sich die Furcht vor solchen Eingriffen, als das MPTC seinen Ermessensspielraum nutzte, um Internetdiensteanbieter anzuweisen, den Zugang zu 17 unabhängigen Medienseiten im Internet und deren Präsenzseiten in den sozialen Medien zu sperren. Darunter waren Medien wie *Radio Free Asia*, *Voice of America* und *Voice of Democracy*, die alle eine kritische Haltung gegenüber der kambodschanischen Regierung einnahmen. Später im selben Jahr wies das MPTC Medien und soziale Medien an, ein Khmer-Lied zu sperren, das die unzumutbaren Arbeitsbedingungen von Hausangestellten in Kambodscha thematisierte. Diese Taktik wurde während der Corona-Pandemie immer häufiger angewandt. Das MPTC und die kambodschanische Telekommunikationsaufsichtsbehörde (TRC) sperrten den Zugang zu mehreren unabhängigen Medienseiten, die danach in Kambodscha nicht mehr aufrufbar waren. Darunter war *Monoroom.info*, eine in Frankreich ansässige Nachrichtenseite in Khmer, und eine lokale kambodschanische Nachrichtenseite, TVFB. Sie hatten über COVID-19 berichtet oder Kommentare zur Pandemie veröffentlicht.

## Interministerielle Prakas über die Kontrolle der Veröffentlichung von Websites und der Bearbeitung sozialer Medien über das Internet

Nach der Verabschiedung des Telekommunikationsgesetzes wurde 2018 die interministerielle Prakas über die Kontrolle der Veröffentlichung von Websites und der Bearbeitung sozialer Medien über das Internet als Ministerialanweisung verabschiedet. Sie verleiht der Regierung die Befugnis, das Internet als Instrument der Repression einzusetzen. Die Prakas verpflichten das MPTC dazu sicherzustellen, dass alle Internetanbieter in Kambodscha Überwachungssoftware installieren. Damit sollen vermeintlich „illegale“ Online-Inhalte, einschließlich Konten in sozialen Medien, gefiltert und gesperrt werden.

Aufsichtsbehörden werden hinzu mit der Überwachung aller Online-Plattformen beauftragt, um unter dem Deckmantel der Bekämpfung von ‚Fake News‘ die Verbreitung von Informationen zu stoppen, die „soziales Chaos“ verursachen oder die nationale Sicherheit bedrohen könnten. Diese Aufsichtsbehörden sind befugt Beiträge zu löschen, wenn sie zu der Einschätzung kommen, dass die Inhalte die nationale Sicherheit, das öffentliche Interesse oder die soziale Ordnung gefährden. Durch den breiten und weitreichenden Ermessensspielraum, der den Aufsichtsbehörden im Rahmen des Prakas eingeräumt wird, können sie Inhalte, die auch nur im Entferntesten in diese Kategorien fallen, nach Belieben sperren.

## Gesetz über die Verwaltung der Nation im Ausnahmezustand

Als Reaktion auf die Corona-Pandemie hat die kambodschanische Regierung im Eilverfahren das Gesetz über die Verwaltung der Nation im Ausnahmezustand (Notstandsgesetz) entworfen und verabschiedet. Damit können Behörden Grundfreiheiten und Menschenrechte nach eigenem Ermessen einschränken.

Artikel 5 des Notstandsgesetzes ist besonders bedenklich, da er der Regierung weitreichende und uneingeschränkte Vollmachten zur Durchführung von Maßnahmen während des Ausnahmezustands einräumt. Diese Maßnahmen schließen das Verbot oder die Beschränkung der Verbreitung von Informationen, die „öffentliche

Panik oder Aufruhr, eine Gefährdung der nationalen Sicherheit oder Verwirrung über die Situation während des Notstands“ verursachen könnten, mit ein. Darüber hinaus erlaubt es die Überwachung digitaler Informationen mit „allen Mitteln“. Solche Maßnahmen schränken die freie Meinungsäußerung ein oder verbieten sie und geben Behörden die Befugnis, soziale Medien zu überwachen und zu kontrollieren. Wer gegen das Notstandsgesetz verstößt, kann mit langen Haftstrafen und hohen Geldstrafen belegt werden.

Am besorgniserregendsten sind die offenen und vagen Texte des Gesetzes. Die Terminologie kriminalisiert potentiell nahezu alle Formen der Kommunikation und ermöglicht, entgegen der Menschenrechte, eine selektive Auslegung des Gesetzes, um Opposition, kritische Meinungen und Informationen im Internet zu unterdrücken. Bislang wurde noch kein Ausnahmezustand verhängt, jedoch kann dies nach Ermessen des Premierministers oder des Königs sofort in Kraft treten.

## Gesetzesentwurf über Cyberkriminalität

Der Entwurf des Gesetzes über Cyberkriminalität wurde ursprünglich schon im Jahr 2010 ausgearbeitet. Seither wurde er jedoch mehrfach und umfassend überarbeitet, ein durchgestochener Entwurf des Gesetzes kam 2020 an die Öffentlichkeit. Die mögliche Verabschiedung dieses Gesetzes erfüllt die kambodschanische Zivilgesellschaft mit Sorge. Das Gesetz sieht schwere strafrechtliche Sanktionen für Verstöße gegen seine Bestimmungen vor. Es könnte eine noch weitergehende Kontrolle und Unterdrückung der freien Meinungsäußerung sowie der Privatsphäre im Internet ermöglichen.

Der Gesetzesentwurf versucht legitimerweise der Gesellschaft schadende Probleme zu regeln, darunter Kinderpornografie, Identitätsdiebstahl und computerbezogene Fälschungsdelikt. Er sieht jedoch darüber hinaus auch unverhältnismäßige strafrechtliche Sanktionen für Einzelpersonen vor, die von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen. So erlaubt Artikel 45 den Behörden, Personen mit Geld- oder Haftstrafen bis zu drei Jahren zu belegen, die „wissentlich“ oder „absichtlich“ eine „Falschaussage oder Desinformation durch Informationstechnologie“ verbreiten, die unter eine von mehreren vagen Kategorien fällt. Dazu gehören die nationale Sicherheit, die öffentliche Gesundheit, die öffentliche Sicherheit und

die öffentlichen Finanzen. Weitere geschützte Felder sind, wenn eine Person eine nationale Wahl oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kambodscha und anderen Ländern beeinträchtigt oder das öffentliche Vertrauen schwächt. Diese allumfassenden Kategorien könnten auf jede Äußerung im Internet angewendet werden und damit das Recht auf freie Meinungsäußerung unverhältnismäßig einschränken.

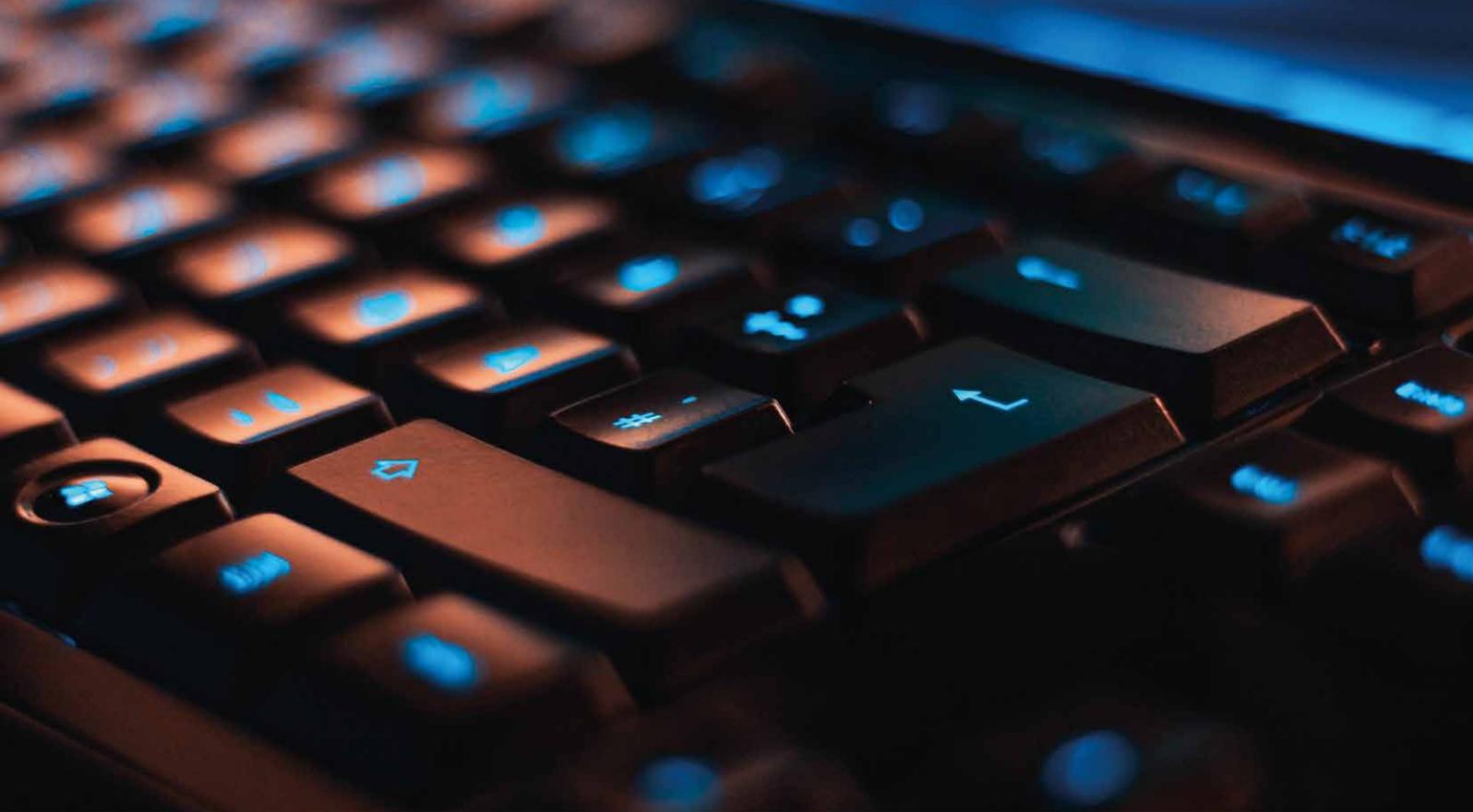
Darüber hinaus schreibt Artikel 8 den Internetdiensteanbietern vor, Verkehrsdaten für mindestens 180 Tage aufzubewahren. Diese personenbezogenen Daten müssen auf Anfrage den zuständigen Behörden zur Verfügung gestellt werden, was einen klaren und eklatanten Verstoß gegen das Recht des Einzelnen auf Privatsphäre darstellt. Diese Informationspflicht erlegt Internetdiensteanbietern im Wesentlichen pauschale Verpflichtungen zur Speicherung und Weitergabe personenbezogener Daten auf, ohne dass eine legitime Rechtfertigung für die Speicherung solcher Daten gegeben wird.

## Sub-Dekret zur Einrichtung des National Internet Gateway

Aus diesem Grund soll mit dem NIG-Sub-Dekret der so genannte National Internet Gateway (NIG), geschaffen werden. Es soll den gesamten Internetverkehr des Landes an einem Ort bündeln, an denen Hard- und Software installiert werden kann, um den ein- und ausgehenden Netzwerkverkehr zu überwachen. So können Inhalte auf der Grundlage vorher festgelegter Regeln gefiltert und blockiert werden. Das Sub-Dekret sieht vor, jegliche Internetkommunikation und -daten, sowohl aus dem Inland als auch dem Ausland, zunächst durch das NIG zu filtern, ehe sie an Endnutzer:innen gesendet werden.

Mit der Verabschiedung des umstrittenen NIG-Sub-Dekrets ist ein Höhepunkt der oben beschriebenen Reihe von repressiven und fragwürdigen Maßnahmen erreicht. Das im Februar 2021 verabschiedete Sub-Dekret ist im Vergleich zu den anderen Maßnahmen einzigartig. Einzigartig, da es darauf ausgerichtet ist sowohl das Online-Verhalten der Menschen zu regulieren als auch eine Infrastruktur für eine zentralisierte staatliche Kontrolle über das Internet in Kambodscha aufzubauen.

Das NIG-Sub-Dekret legt auch fest, wie die Infrastruktur betrieben und verwaltet wird.



Den von der Regierung ernannten Betreibern (NIG-Betreibern), dem MPTC und der TRC, werden weitreichende Befugnisse eingeräumt, um „Maßnahmen“ zur Sperrung und Unterbrechung bestimmter Netzwerkverbindungen zu ergreifen. Mit dem NIG-Sub-Dekret und der damit einhergehenden Kontrolle von Netzwerkverbindungen und der Regulierung von Inhalten baut die kambodschanische Regierung ihre ohnehin schon übermächtigen Überwachungsbefugnisse weiter aus. In der kambodschanischen Gesellschaft wird daher befürchtet, dass individuelle Freiheiten im Internet nun gefährdet sind und dass Abschaltungen des Internets oder Webseiten-Sperren zur Norm werden könnten.

Artikel 6 des NIG-Sub-Dekrets ermächtigt die NIG-Betreiber und die zuständigen Behörden, Online-Verbindungen und Inhalte zu blockieren oder zu trennen, die „die Sicherheit, das nationale Steueraufkommen, die soziale Ordnung, die Würde, die Kultur, die Traditionen und die Bräuche beeinträchtigen“. Aufgrund der vagen und unbestimmten Begründungen für die Zensur von Online-Inhalten erlaubt das NIG-Sub-Dekret die Massenüberwachung und Zensur aller Internet-Inhalte und -Aktivitäten.

Das Sub-Dekret gibt den Behörden ungehinderten Zugang und volle Kontrolle über den gesamten Datenaustausch innerhalb des Landes. Die Behörden können Artikel 6 breit und subjektiv auslegen, um Online-Inhalte oder ganze Plattformen zu sperren, von denen sie glauben, dass

sie gegen eines dieser unklar definierten Ziele verstoßen. Die Richtlinie würde auch die Sperrung von Inhalten schon vor ihrer Veröffentlichung ermöglichen. Dadurch wird das Recht auf freie Meinungsäußerung drastisch eingeschränkt. Außerdem wird den Internetanbietern jegliche Autonomie genommen, ihre Plattformen selbstständig zu regulieren.

Darüber hinaus könnten Maßnahmen gemäß Artikel 6 das Recht auf den freien Zugang zu Informationen verletzen: Die Regierung könnte mit Leichtigkeit den Zugang zu einer Vielzahl von Online-Inhalten oder sozialen Medien, die vielen Kambodschaner:innen sachdienliche, vertrauenswürdige und unabhängige Nachrichten zur Verfügung stellen, einschränken, blockieren oder begrenzen.

Durch Artikel 14 können personenbezogene und persönlich identifizierbare Daten der Nutzer:innen von Behörden leicht abgefragt werden, da er die Speicherung von IP-Adressen, die Identifizierung des Datenverkehrs und „anderer Informationen“ für einen Zeitraum von 12 Monaten vorschreibt. Dieser Artikel ist äußerst vage und enthält keine konkrete Auflistung der Art von Daten, die auf Vorrat gespeichert oder an staatliche Behörden weitergegeben werden dürfen, was einen unkontrollierten Eingriff in die Privatsphäre der Internetnutzer:innen darstellt.

Das NIG und das NIG-Sub-Dekret bergen die reelle Gefahr, dass abweichende oder kritische

*Die repressive Atmosphäre schürt die Online-Selbstzensur, das zeigt eine Umfrage (Foto: Christian Wiediger auf Unsplash)*

Stimmen immer häufiger zum Schweigen gebracht werden. Besonders Personen, die eine kritische oder gegensätzliche Haltung gegenüber der kambodschanischen Regierung haben, wie z.B. Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen, könnten am stärksten ins Visier genommen werden.

Die gesamten Auswirkungen des NIG-Sub-Dekrets werden voraussichtlich erst im Februar 2022 spürbar, wenn das Gesetz vollständig umgesetzt sein soll. Es bestehen jedoch begründete Zweifel daran, dass Kambodscha in der Lage ist, den NIG bis dahin einzurichten. Kambodscha fehlen die Infrastruktur und die Fähigkeiten, um die für die Einrichtung des NIG erforderlichen Abläufe zu implementieren oder die entsprechende Hardware zu beschaffen. Trotz dieser Zweifel ist klar, dass die Regierung eine verstärkte Kontrolle über das Internet, dessen Inhalte und die Internetverbindungen ausübt.

### Gesetz über Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und anderen schweren, gefährlichen und ansteckenden Krankheiten (COVID-19-Gesetz)

Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie verabschiedete die Regierung im März 2020 im Eilverfahren das COVID-19-Gesetz ohne die Betroffenen einzubeziehen. Es enthält mehrere problematische Bestimmungen, die die Online-Freiheiten einschränken. Artikel 11 verbietet die „absichtliche Behinderung“ von COVID-19-Maßnahmen und sieht eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren vor. Mit dieser weit gefassten und schlecht definierten Formulierung verfügen die Behörden über einen großen Ermessensspielraum bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19. Dies könnte eine unzulässige Abweichung von den Menschenrechtsverpflichtungen Kambodschas darstellen. Es zeigte sich bereits, dass die Maßnahmen willkürlich und unverhältnismäßig angewandt wurden, so wurde z.B. Personen, deren Videos von Umtrinken in die Öffentlichkeit kamen,

*Soziale Medien sind in Kambodscha äußerst beliebt, die Mehrheit der Bevölkerung nutzt dabei mobile Geräte (Foto: Pexel).*



mit Haftstrafen belegt. Obwohl Artikel 11 auf den ersten Blick keine Online-Freiheiten einzuschränken scheint, hat die kambodschanische Regierung dieses Gesetz bereits zahlreiche Male eingesetzt, um Online-Diskussionen über COVID-19 oder Impfstoffe zu beenden.

## Weitere Richtlinien

Zusätzlich zu diesen weitreichenden Gesetzen hat die Regierung weitere Maßnahmen ergriffen, die die Rechte der Internetnutzer:innen negativ beeinflussen. Im August 2019 warnte das Informationsministerium Print- und Online-Medien davor ‚Fake News‘ zu verbreiten, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen. Dies hätte den Entzug der Medienlizenz zur Folge. Das Innenministerium kündigte außerdem die Einrichtung einer 14-köpfigen Arbeitsgruppe an, die die Facebook-Seite von Premierminister Hun Sen überwachen soll. Die Gruppe soll Nutzer:innen identifizieren, die „unerwünschte“ Kommentare abgeben oder ‚Fake News‘ posten, die die „soziale Sicherheit und öffentliche Ordnung“ beeinträchtigen könnten. Im Oktober 2019 richtete die Abteilung für Informationstechnologie des Innenministeriums ein Sicherheitszentrum ein, um das Internet auf allen digitalen Plattformen zu überwachen.

Im Februar 2021 gab das kambodschanische Informationsministerium schließlich bekannt, dass es seine Überwachungsmaßnahmen auf TikTok sowie auf Plattformen wie WhatsApp, Messenger und Telegram ausweiten werde. Diese Überwachung wird auch tatsächlich umgesetzt: Nur wenige Monate nach der Ankündigung wurde eine Person verhaftet und inhaftiert, weil sie sich in einer privaten Nachricht in der Telegram-App kritisch über die kambodschanische Regierung geäußert hatte.

## Bestehende repressive Gesetze

Wenn diese repressiven Maßnahmen durchgesetzt werden, behindern sie die digitalen Rechte in unverhältnismäßiger Weise. Die betrifft insbesondere die Meinungsfreiheit, unter drei verschiedenen Gesichtspunkten. Erstens: Selbstzensur, die jetzt schon in Kambodscha so hoch wie nie zuvor ist, sowohl von Privatpersonen als auch von Journalist:innen. Zweitens werden Menschenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen oder zivilgesellschaftliche Organisationen angegriffen und schikaniert, wenn sie versuchen, live zu streamen oder über Themen



berichten, die für die Öffentlichkeit relevant sind. Drittens werden Privatpersonen, Journalist:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen oder Menschenrechtsverteidiger:innen nachdem sie Informationen online gestellt haben, die die Regierung als kritisch betrachtet, rückwirkend mit strafrechtlichen Sanktionen angegangen. Dieses Vorgehen der Regierung schafft eine Atmosphäre der Angst, welche kambodschanische Bürger:innen davon abhält, digitale Technologien uneingeschränkt zu nutzen und ihre Grundrechte wahrzunehmen.

Obwohl viele der oben genannten Gesetze strafrechtliche Sanktionen für Verstöße gegen ihre Bestimmungen vorsehen, hat die Regierung regelmäßig die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs zu Verleumdung, Fälschung von Informationen und Aufwiegelung als Waffe gegen legitime Online-Äußerungen eingesetzt, um diese zu kriminalisieren. Innerhalb von vier Monaten wurden 2020 etwa 30 Personen wegen Online-Äußerungen festgenommen, die legitime Regierungskritik darstellten und verhört. Die Instrumentalisierung des Strafrechts gegen Bürger:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen oder Oppositionspolitiker:innen ist alltäglich. Personen, die wegen ihrer regimekritischen Äußerungen im Internet ins Fadenkreuz gerieten, leiden unter langen und unverhältnismäßigen Haftstrafen.

So wurde zum Beispiel Rong Chhun, Präsident des kambodschanischen Gewerkschaftsbundes und prominenter politischer und Menschenrechtsaktivist, im Juli 2020 wegen eines Facebook-Posts verhaftet. Der Vorwurf: Aufwiegelung und Verbreitung von ‚Fake News‘. Er hatte sich über Grenzsteine an der

*Der bekannte Gewerkschaftsführer Rong Chhun wurde im August 2020 wegen fabrizierter Aufwiegelung verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er wurde im November 2021 nach 15 Monaten Haft freigelassen, aber bleibt zu einer hohen Geldstrafe verurteilt (Foto: CCHR).*

Chhoeun Daravy hatte nach der Verhaftung von Rong Chhun friedlich protestiert und wurde selbst verhaftet (Foto: gemeinsame Kampagne kambodschanischer NGOs)



# CHHOEUN DARAVY

## SOCIAL ACTIVIST

**368**  
DAYS IN PRISON

Rong Chhun's arrest sparked peaceful protests in Phnom Penh. Daravy was part of these protests and was dragged by her hair into an unmarked van and charged with incitement.

### WHO DID DARAVY INCITE?

#FreeHumanRightsDefenders

kambodschanisch-vietnamesischen Grenze geäußert und behauptet, dass Kambodscha Land an Vietnam abgetreten habe. Sein Prozess war durch juristische Mängel beeinträchtigt, und es wurden private Telefondaten von persönlichen Gesprächen mit Kolleg:innen zur Konstruktion seiner angeblichen Straftaten verwendet. Rong Chhun saß fast 13 Monate lang in Untersuchungshaft, bevor er schließlich zu der Höchststrafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Chhun wurde Anfang November 2021, zusammen mit über einem Dutzend weiteren Regierungskritiker:innen, freigelassen. Beobachter:innen vermuten, dass dahinter machtpolitisches Kalkül steckt, da Kambodscha 2022 den Vorsitz der ASEAN-Gemeinschaft innehat und Ende November 2021 den ASEM-Gipfel ausrichtete.

Der in Frankreich im Exil lebende ehemalige CNRP-Vorsitzende Sam Rainsy versuchte 2019 im Rahmen einer Kampagne, die hauptsächlich in den sozialen Medien stattfand, nach Kambodscha zurückzukehren. Um Rainsys Popularität zu zügeln, drohte ein Regierungssprecher damit, jeden zu verhaften, der Rainsys Rückkehr online

unterstützte. Er erklärte weiter, dass dafür eine lebenslange Haftstrafe drohe. Über 139 ehemalige CNRP-Mitglieder stehen wegen Online-Unterstützung der Rückkehr von Sam Rainsy in einem Massenprozess wegen Verschwörung zum Umsturz der Regierung vor Gericht. Einige von ihnen wurden bereits zu 25 Jahren Haft verurteilt.

Die Labilität der digitalen Landschaft und die Intoleranz gegenüber der politischen Opposition scheinen sich noch weiter zu verschlechtern. Im September 2021 drang der kambodschanische Premierminister Hun Sen in ein Zoom-Gespräch, dass von ehemaligen CNRP-Mitgliedern im Exil geführt wurde, ein. Der Premier warnte die Teilnehmer, dass ihre Kommunikation überwacht werde. Später behauptete er, er habe vor diesem Vorfall schon etwa 20 ihrer privaten Zoom-Gespräche abgehört.

Auch Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen werden ins Visier genommen, wenn sie versuchen, Proteste live zu übertragen oder über kritische Themen berichten. Im August 2020 wurde Chhoeun Daravy, ein Menschenrechtsverteidiger und Unterstützer von

Rong Chhun, verhaftet. Chhoeun Daravy hatte versucht einen Protest für die Freilassung von Rong Chhun aus dem Gefängnis live auf *Facebook* zu übertragen. Ein Jahr später, im August 2021, wurden zwei unabhängige Journalist:innen von *CamboA* und *Voice of Democracy* von den Behörden schikaniert. Sie hatten versucht über einen Landprotest in der Provinz Kandal zu berichten. Den beiden Journalist:innen wurden die Presseausweise und Handys abgenommen. Anschließend wurde ihnen mit Verhaftung und rechtlichen Schritten gedroht, falls sie nicht alle vor Ort aufgenommenen Fotos zum Landstreit löschen und sofort abreisen würden.

Diese repressive Atmosphäre schürt die Online-Selbstzensur. Im Jahr 2020 verzeichnete das Fundamental Freedoms Monitor Project des *Cambodian Center for Human Rights* 108 Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Kambodscha innerhalb von acht Monaten. Von diesen 108 Einschränkungen erfolgten 53% online. Die Folgen bestätigen sich in einer Umfrage. Nur 28% der befragten kambodschanischen Öffentlichkeit fühlten sich frei, sich in den sozialen Medien zu äußern. Dies war ein deutlicher Rückgang gegenüber der Befragung drei Jahre zuvor. Zu jenem Zeitpunkt lag diese Zahl noch bei 55%. Einzelpersonen verzichten sogar darauf, Google oder andere Suchmaschinen anzuwenden, da diese als regierungskritisch angesehen werden könnten. Dies ist abermals Ausdruck davon, wie Menschen ihre Meinung und ihre Gedanken selbst zensieren. Zu Selbstzensur gehört auch die Art und Weise, wie sie sich Informationen beschaffen, um sich über Themen von öffentlicher Bedeutung zu informieren.

Das NIG Sub-Dekret ist das letzte in einer Reihe von Gesetzen mit denen die Regierung ihre Kontrolle über das Internet ausgebaut hat. Diese werden bereits instrumentalisiert um Individuen in ihren verfassungsmäßig und international garantierten Rechten einzuschränken. Mit dem NIG Sub-Dekret verfestigt sich nun die Regierungskontrolle über das Internet, mit wenig Aufsicht und Verantwortlichkeit. Mit einer stärkeren zentralisierten Kontrolle des Internets und seiner Infrastruktur wird die Missachtung digitaler Rechte weiter zunehmen, höchstwahrscheinlich rasant. Gleichfalls wird die Transparenz bei Verstößen abnehmen, da die Zensur des Internets nun hinter verschlossenen Türen stattfindet, bevor Individuen oder die Gesellschaft auf kritische Inhalte zuzugreifen können.

Angesichts der momentanen politischen Turbulenzen und der fragilen Menschenrechtslage in

Kambodscha ist es notwendig, dass fundamentale Freiheiten erhalten und geschützt bleiben: offline und online.

## Übersetzung aus dem Englischen: Raphael Göpel

.....

### Endnoten

- » *Sithi.org* (2016): Law On Telecommunications. Link: <https://www.sithi.org/law/2016-02-17-law-on-telecommunications>
- » Joint Statement of Cambodian NGOs (2020): Civil Society Organizations call for the Royal Government of Cambodia to Amend the State of Emergency Law to Protect Human Rights. 13. Mai 2020. Link: [https://cchrcambodia.org/media/files/press\\_release/756\\_ccftrtatsoeltphref\\_en.pdf](https://cchrcambodia.org/media/files/press_release/756_ccftrtatsoeltphref_en.pdf)
- » Sun Narin (2020): Activists: Cambodia's Draft Cybercrime Law Imperils Free Expression, Privacy. 11. Oktober 2020, In: Voice of America (VOA). Link: <https://www.voanews.com/a/east-asia-pacific-activists-cambodias-draft-cybercrime-law-imperils-free-expression-privacy/6196959.html>
- » Joint Statement of Cambodian NGOs (2021): Discard the Sub-Decree on the Establishment of the National Internet Gateway, set to detrimentally impact human rights online in Cambodia. 18. Februar 2021. Link: [https://cchrcambodia.org/media/files/press\\_release/802\\_jsotnsdatloce\\_en.pdf](https://cchrcambodia.org/media/files/press_release/802_jsotnsdatloce_en.pdf)
- » Human Rights Watch (2021). Cambodia: Scrap Abusive Covid-19 Prevention Bill. 5. März 2021. Link: <https://www.hrw.org/news/2021/03/05/cambodia-scrap-abusive-covid-19-prevention-bill>
- » Khuon Narim (2021): Former CNRP official's son arrested on charge of incitement in Telegram chat. Am 25. Juni 2021, In: *Camboja News*. Link: <https://cambojanews.com/former-cnrp-officials-son-arrested-on-charge-of-incitement-in-telegram-chat/>
- » Freedom House (2021). Freedom of the Net 2021. Cambodia. Link: <https://freedomhouse.org/country/cambodia/freedom-net/2021>
- » Human Rights Watch (2021): Cambodia. Events of 2020. Link: <https://www.hrw.org/world-report/2021/country-chapters/cambodia>
- » Bopha Phorn und Shaun Turton (2021): Cambodia's prime minister is Zoombombing opposition meetings. 24. September 2021. In: Rest of World. Link: <https://restofworld.org/2021/cambodia-pm-zoom-calls/>
- » Radio Free Asia (2020): Cambodian Police Violently Disperse Protest For Jailed Union Leader Rong Chhun, Arrest Six. 13. August 2020. In: Radio Free Asia. Link: <https://www.rfa.org/english/news/cambodia/protest-08132020183055.html>
- » CCHR (2020): Cambodia Fundamental Freedoms Monitor. [https://cchrcambodia.org/index\\_old.php?url=media/media.php&p=report\\_detail.php&reid=151&id=5](https://cchrcambodia.org/index_old.php?url=media/media.php&p=report_detail.php&reid=151&id=5)

Alle Links zuletzt abgerufen am 14. Dezember 2021.

## Die Autorin

Sopheap Chak ist Geschäftsführerin des *Cambodian Center for Human Rights* (CCHR), einer kambodschanischen Menschenrechtsorganisation. Sie ist eine der bekanntesten Menschenrechtsaktivist:innen des Landes und wurde dafür bereits vom ehemaligen US-Präsident Barack Obama ausgezeichnet. Für ihre Arbeit und Engagement hat sie den Indian-ASEAN Youth Award erhalten und den Deutsch-Französischen Preis für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Sie hat einen Master in Internationaler Friedensforschung an der *International University of Japan* gemacht. Privat engagiert sie sich auch für Menschenrechte und bloggt auf <http://sopheapfocus.com>

## Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

### Impressum

#### Redaktion:

Raphael Göpel, Majid Lenz, Simon Kaack

#### V.i.S.d.P.:

Raphael Göpel  
Stiftung Asienhaus  
Hohenzollernring 52  
50672 Köln (Germany)  
Tel.: +49-221-716121-25  
[raphael.goepel@asienhaus.de](mailto:raphael.goepel@asienhaus.de)  
[www.asienhaus.de](http://www.asienhaus.de)

#### Gestaltung:

Zaadstra Design  
([www.zaadstra.design](http://www.zaadstra.design))

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

### Gefördert von Engagement Global im Auftrag von:



**MISEREOR**  
IHR HILFSWERK

**Brot  
für die Welt** mit Mitteln des  
Kirchlichen  
Entwicklungsdienstes

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.